

Rede Egon Bahr

Durch Dialog zur Zusammenarbeit

Zunächst möchte ich meinen Dank ausdrücken für diese Einladung. Ich empfinde es als Ehre, vor diesem Kreis einige Erfahrungen erläutern zu dürfen, natürlich aus der Politik, also einem Bewusstsein, das nicht eins zu eins auf die Felder der Gesellschaft und der Wirtschaft zu übertragen ist. Viele der hier Anwesenden wissen darüber mehr. Was die Politik angeht, möchte ich einige Erkenntnisse darstellen, die Summe der letzten 55 Jahre, insbesondere solche, die auch für die Zukunft relevant sein könnten.

Der Bau der Mauer hatte eine Vorgeschichte. Die Sowjetunion hatte vergeblich durch eine Blockade und durch ein Ultimatum versucht, die Westmächte aus Berlin herauszudrängen. Das gelang nicht, weil der prestigebeladene geografische Punkt Berlin nicht aufgegeben werden dürfte. Weil aber Krieg nicht geführt werden sollte, schon gar nicht wegen der Deutschen, wurde die Mauer gebaut. Es bedeutete den garantierten Status Quo. Der Westen war zu schwach, das zu verhindern; denn Berlin, eine Insel im Roten Meer, konnte behauptet, aber nicht wie eine belagerte Festung entsetzt werden. Die Sowjetunion kalkulierte, dass die Mauer die Abstimmung mit den Füßen, also die Fluchtbewegung, stoppen könne, um die DDR zu konsolidieren. Die vier Sieger waren unterschiedlich zufrieden oder einverstanden, nur der Senat in der amputierten Vier-Mächte-Stadt stand einer erbitterten zornigen Bevölkerung gegenüber, die keine Perspektive mehr sah. In dieser lokalen Notlage entstand die Idee: Wenn uns schon niemand hilft, die Mauer wegzubringen, wollen wir versuchen, sie wenigstens durchlässig zu machen, auch für Stunden, damit Menschen ihre Angehörigen im Osten besuchen können. Passierscheine hierfür waren nur von der Regierung der DDR, die noch gar nicht so genannt werden durfte, zu bekommen. Also musste ein Tabu gebrochen werden. Wir mussten mit der Regierung der DDR verhandeln. Die einzige Bedingung der drei Mächte: Ihre Rechte dürften nicht berührt werden. Und die Bundesregierung konnte kaum etwas gegen menschliche Erleichterungen einwenden.

Erste Lehre: Sofern die Interessen Mächtigerer berücksichtigt werden, kann sogar der schwächste Faktor, in diesem Fall der Senat, seine Interessen durchsetzen.

Die CDU in der Stadt begann eine leidenschaftliche Auseinandersetzung, die schon den Charakter der späteren Debatten hatte, als weitere Tabus auf nationaler Ebene gebrochen wurden. Die Slogans der kämpferischen Konfrontation lauteten «Man verhandelt nicht mit Gefängniswärtern» und vor allen «die Wunde muss offen bleiben.» Brandts Erwiderung: Die Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht den Menschen hilft. Es wurde der erste Probelauf: Entspannung durch Dialog oder Verschärfung des Kalten Krieges.

Lehre zwei: Beide Seiten müssen interessiert sein. Auf der westlichen Seite wollten wir Passierscheine. Auf der östlichen Seite lag das Interesse an einer Vereinbarung mit der westlichen ENT, ein Stück Anerkennung der DDR. Beide Seiten erhielten ihren Erfolg. Beide Seiten gewannen. Erst auf lange Sicht würde sich ergeben, wer besser kalkuliert hat. Unterschiedliche Motive sind nicht ausschlaggebend, wenn sie sich zu einem gemeinsamen Projekt zusammenführen lassen. Mit dem Ergebnis müssen beide Seiten zufrieden sein. Kurzfristige kleine Erfolge sind kurzfristig, ganz besonders, wenn es sich um langfristige Projekte handelt, für die der Partner von heute auch übermorgen noch unentbehrlich bleibt.

Aus der Methode «Wandel durch Annäherung» hat der Planungsstab des Auswärtigen Amtes ein Konzept der Ost- und Entspannungspolitik entwickelt und entsprechend der ersten Lehre die Rückendeckung in Washington gesucht. Das geschah noch, bevor die Öffentlichkeit davon informiert wurde. Das Misstrauen des amerikanischen Sicherheitsberaters war verständlich, als ich ihm die Absichten zu Verhandlungen mit Moskau über ein Gewaltverzichtsabkommen erläuterte. Natürlich unter strikter Beachtung der unkündbaren Sicherrechte über Deutschland als Ganzes und Berlin. Es können mehrere Gründe gewesen sein, die Henry Kissinger bewogen haben, grünes Licht zu geben. Einer davon war wohl, dass es bei der Macht der USA risikolos war; ein anderer, dass es fragwürdig fast an der Grenze der Komik reichend schien, dass die kleine nicht voll souveräne Bundesrepublik der grossen Sowjetunion anbot, auf Gewalt zu verzichten. Aber selbst im Fall des Erfolgs würde dann eine Situation entstehen, in der auch die Deutschen den Status Quo festigen würden, mit dem alle vier Mächte bequem leben können, wie in Berlin bewiesen.

Ich blieb dankbar, dass uns das Weisse Haus nicht in den Arm fiel und die gesamte Ost- und Entspannungspolitik blockierte. Kissinger bot im Gegenteil einen Back Channel an, neben seinem verdeckten Kanal zum Kreml, der etwas später durch eine gleiche Verbindung zwischen dem Palais Schaumburg und dem Kreml ergänzt wurde. Das erwies sich als glänzendes Instrument der Vertrauensbildung zwischen den Spitzen, an allen Ministerien vorbei, also frei von Prestigefragen, in dem verlässlich abgestimmt wurde, was geht und was nicht geht. Ausserdem verstärkte es das Vertrauen durch gegenseitige Kontrolle. Ein derartiger Dialog zu dritt, dessen Inhalte nicht am nächsten Tag in den Zeitungen stehen, wird hoffentlich heute und morgen weiter gepflegt werden. Er hilft, schwierigste Probleme zu lösen und Krisen zu verhindern.

Die Verhandlungen in Moskau begannen mit Sondierungen, ob und inwieweit sich nicht zu vereinbarende Positionen annähern oder zusammenführen lassen. Ich habe in meinem Leben kein überzeugenderes Beispiel gefunden, wie Dialog zur Zusammenarbeit führen kann. Von der ersten Sitzung an entwickelte ich in grosser Offenheit unsere Position. Ich hatte keinen Plan B. Entweder würde unser Konzept im Grundsatz annehmbar sein oder ich musste nach Hause fahren und neu nachdenken. Aber nachgedacht hatten wir eben vorher. Offenheit, die auch die Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeit nicht verbirgt, ist Voraussetzung, um Vertrauen zu schaffen. Das entwickelte sich in dem Masse, in dem die sowjetische Seite die Berechtigung unserer Position einsah und dann annahm. Das mitgebrachte Konzept wurde ohne Abstriche Grundlage des Moskauer Vertrages und aller weiteren Verträge, die eine Einheit bildeten mit Polen, der CSSR und der DDR; denn wir hatten respektiert, dass die Sowjetunion eben die Führungsmacht des sozialistischen Lagers war. Warschau, Berlin und Prag konnten Beschlüsse des Warschauer Paktes nicht ändern, selbst, wenn sie das gewollte hätten, was an der Weichsel und Spree gar nicht der Fall war. Ein Dialog mit denen, die im Prinzip nicht wollen oder nicht dürfen, ist sinnlos.

Es kam etwas Weiteres dazu: Keiner wollte den Anderen bekehren. Ich wollte kein Bekenntnis zur Demokratie von den Kommunisten und umgekehrt. Keiner hat den Versuch gemacht, sein gesellschaftliches System als das beste aller denkbaren Möglichkeiten zu preisen. Wir haben Ideologie und Propaganda beiseite gelassen und uns auf die konkreten Punkte eines Vertrages konzentriert. Ich habe die Fahne der Menschenrechte nicht entfaltet und habe

verzichtet, am Anfang die Deutsche Einheit als wichtigstes Ziel zu verkünden, weil ich wusste, meine sowjetischen Partner hätten dann höflich gelächelt und mir viel Glück gewünscht. Die Beteiligten kannten die nicht zu vereinbarenden Grundpositionen. Erst zum Schluss nahmen sie unseren Brief an, durch den wir erklärten, dass unser Ziel der Selbstbestimmung mit dem Vertrag vereinbar bleibt.

Lehre drei: Alles was man sagt muss wahr sein; man muss aber nicht alles sagen, was wahr ist. Das stammt von Moltke. Ich füge hinzu: Man muss nicht alles am Anfang sagen, was wahr ist oder was man für wahr hält.

Von Präsident Kennedy stammt das Wort, wer den Status Quo ändern will, muss ihn zuerst anerkennen. Was für das mächtigste Land stimmt, galt er recht für die schwache Bundesrepublik. Verhandlungen sind nichts anderes, als zielgerichtete Dialoge. Nur durch die Überzeugung des Stärkeren kann der Schwächere sich durchsetzen. Das entscheidende Problem bestand in der Grenzfrage. Alle Grenzen in Europa, egal, wie, wann und durch wenn sie zustande gekommen sind, sollten unverrückbar, unveränderbar, unantastbar sein. Ich zähle alle sonstigen unannehmbaren Vorschläge der Sowjetunion nicht auf, die grundgesetzwidrig gewesen wären; denn die deutsche Selbstbestimmung würde gerade die Grenze zwischen der BRD und der DDR aufheben. Wir einigten uns schliesslich darauf, dass alle Grenzen nur noch in gegenseitigem Einvernehmen verändert werden dürften. Niemand konnte sich 1970 vorstellen, dass die beiden deutschen Staaten und die vier Mächte einvernehmlich die Grenze in Deutschland aufheben würden. Was also mit der Bestätigung des Status Quo begann, endete mit der grössten denkbaren Veränderung des Status Quo, in Deutschland und in Europa. Der Begriff Stabilität wird zum Ausgangspunkt friedlicher Veränderungen.

Lehre vier: Gegner, die Vereinbarungen sogar bedeutende Verträge schliessen, müssen sich nicht lieben. Sie können unterschiedliche Ziele behalten, unterschiedliche Überzeugungen und unterschiedliche Ideologien. Sie müssen nur verlässlich halten, was sie unterschrieben haben. Auf diesem Wege wurden selbst in Hochzeiten des Kalten Krieges aus bedrohlichen Gegnern sektorale Partner. Es war eine Partnerschaft, die gegeneinander geschlossene Bündnisse nicht berührte und nicht verlangte, alten Freunden den Rücken zuzuwenden.

Die Grenzformel des Moskauer Vertrages wurde 1975 wortgleich in die Schlussakte von Helsinki übernommen und 1990 in der Charta von Paris zum Grundgesetz europäischer Stabilität.

Die Schlussakte von Helsinki wurde ein mehrfaches Wunder. Die Staatsmänner aus dem Westen und aus dem Osten und aus den neutralen Ländern, jeder gebunden in seinem Lager, fanden durch ihre Dialoge zu gemeinsamen Positionen für Mindestmassstäbe von Menschenrechten in ihren Herrschaftsgebieten auf der Grundlage der bestehenden Grenzen. Die Texte, im gesamten Ostblock veröffentlicht, wurden ein Berufungsdokument für Menschen, die man bald Dissidenten nannte. Die Vokabel aus der Kirchengeschichte gewann einen politischen Inhalt. Das schien ungefährlich, weil es mit der Bestätigung der existierenden Grenzen verbunden war. Alle Teilnehmer stimmten dem Status Quo, der deutschen und der europäischen Teilung zu. Die DDR, die erstmals gleichberechtigter Teilnehmer einer internationalen Konferenz sowieso, ausserdem im Einklang mit allen Anderen. Die Bundesregierung wurde

zu Hause von der Opposition angegriffen, weil mit Helsinki das Ziel der Einheit aufgegeben worden sei, während die Bundesregierung gerade hoffte, dass mit der Konferenz ein Prozess eingeleitet worden sei, an dessen Ende die deutsche Selbstbestimmung stehen würde. Das Wunder von Helsinki bedeute Kooperation im Rahmen der Stabilität oder Relativierung des Kalten Krieges oder Abbau von Spannung bei unveränderter Gegnerschaft.

Das ganze konnte man einen labilen Zwischenzustand nennen, der das Wunder von Helsinki komplett gemacht hat: Es war eine feierliche Erklärung und kein ratifizierungsbedürftiger Vertrag, und alle haben sich daran gehalten. Und damit stillschweigend Selbstbestimmung und Ansprüche auf Unabhängigkeit dem übergeordneten Gesetz untergeordnet: Die Grenzen werden nur einvernehmlich geändert. Fast alle hofften damit, die deutschen Querellen losgeworden zu sein, zumal ein Deutscher als Gesetz des Friedens formuliert hatte: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Der Realpolitiker Brandt wusste: Alle Fortschritte von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie und des Wohlstandes sind nicht sicher, wenn es nicht gelingt, den Frieden zu bewahren.

Entspannungspolitik kann ansteckend wirken. 1982 hatte die Palme-Kommission ihren Bericht den Vereinten Nationen vorgelegt. Der hiess: «Gemeinsame Sicherheit» und hatte als Gesetz des Atomaren Zeitalters definiert, dass ein Krieg nicht mehr im klassischen Sinne gewinnbar ist, selbst wenn er als Atomkrieg begrenzt bliebe. Es gäbe keinen Sieger. Wir müssen uns bewusst machen und erkennen, dass aus Gegnern Partner werden. Nach den festgelegten Grenzen von Helsinki war es schlicht nicht mehr nötig, taktische oder Mittelstrecken-Atomraketen zu unterhalten oder gegeneinander Raketenschach zu spielen. Es wurde für die beiden Supermächte vorteilhafter, sich auf den interkontinentalen Schirm, also das interkontinentale Gleichgewicht zu beschränken. Reagan, Bush und Gorbatschow konnten mit der doppelten Nulllösung die Kurz- und Mittelstreckenraketen abschaffen, Europa davon befreien. Und danach wurde ein Gleichgewicht auf dem konventionellen Sektor logisch und möglich.

Brandt hatte 1971 in Oreanda auf der Krim mit Breschnew über einen sicheren und gesicherten Frieden diskutiert. Die Absichten der beiden Länder für eine Perspektive der Zusammenarbeit waren glaubwürdig durch die Verträge, auch wenn sie noch nicht ratifiziert worden waren. Nun konnte man von dieser Software zur Hardware übergehen. Zu fürchten war nicht mehr der Kommunismus, sondern die militärische Überlegenheit des Warschauer Paktes, genauer die Überzahl ihrer konventionellen Streitkräfte an Panzern, Geschützen und Flugzeugen. Über Atomwaffen konnte Brandt nicht sprechen, denn er verfügte nicht darüber. Das blieb Sache der Amerikaner und Sowjets. Der Dialog führte beide Männer zu der Vereinbarung: Reduktion der Streitkräfte ohne Nachteil für die Beteiligten. Daraus die MBFR-Verhandlungen: Wer mehr hatte, musste mehr abrüsten. Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben die Präsidenten Bush, der Ältere, und Gorbatschow die grösste konventionelle Abrüstung der Geschichte erreicht. Der KSE genannte Vertrag ermöglichte den Abbau von Streitkräften und Waffen bis zum praktischen Nichtangriffsfähigkeit, jederzeit kontrollierbar und zwar so gut, dass seither nicht einmal die gestatteten Obergrenzen ausgenutzt wurden.

Seit nunmehr 18 Jahren geniesst Europa die Stabilität, die den Interessen aller Beteiligten entspricht. Diese Stabilität war solide und verlässlich genug, um die Deutsche Einheit zu verkraften, um das Ende des Warschauer Paktes zu überstehen, die Implosion der Sowjetunion

zu überleben, die Bildung der Baltischen Staaten zu ertragen und die Erweiterung der Nato und der EU bis zur Realität des Jahres 2008 auszuhalten.

Heute ist sie zum ersten Mal gefährdet durch den amerikanischen Wunsch, Raketen im Osten der Nato, in Polen und ein dazu passendes Radarsystem in der Tschechei zu installieren. Es kann gar nicht ernsthaft darüber diskutiert werden, dass damit das strategische Gleichgewicht in Europa verändert würde, besonders wenn die Amerikaner allein entscheiden, wie viel Raketen mit welchen Sprengköpfen und Zielen sie im Laufe der Jahre auf ihre exterritorialen neuen Stützpunkte bringen.

Der Ausweg ist eine gemeinsame Lösung aller Beteiligten für eine deshalb garantierte blosse Raketenabwehr. Präsident Obama erhält die Chance, sie zusammen mit Präsident Medwedjew zu suchen. Das Problem geht über die Interessen Amerikas, Russlands, Polen und Tschechei hinaus. Es betrifft ganz Europa. Ganz Europa lebt unter dem Gesetz der gemeinsamen Sicherheit. Entspannung und Stabilität sind Zwillinge. Letztlich geht es im kommenden Jahr darum, eine neue Konfrontation zu verhindern, die den Kontinent wieder lähmt und die Mitglieder von EU und Nato entzweit. Es geht um das grosse Erbe der Entspannungspolitik, die Kooperation zu festigen.

Entspannungspolitik ist nicht automatisch ansteckend. Als das europäische Gesetz stabiler Grenzen verletzt wurde, in Jugoslawien, weil die Europäer sich zu schwach erwiesen hatten, machten die Amerikaner es in Dayton auf ihre Weise. Sie scherten sich nicht um die Formeln des europäischen Grenzkonzepts. Sie produzierten nicht nur ethnische Säuberungen, die vermieden werden sollten, sondern schufen künstliche Gebilde mit nationalen Spaltungen, deren Existenz nur durch die Anwesenheit fremder Truppen aufrecht zu erhalten war und ist. Ihre Dauer kann nicht voraus gesagt werden. Ihr Höhepunkt war zuletzt das Kosovo. Da wurde, völkerrechtlich umstritten, die noch in Dayton bestätigte Unverletzlichkeit von Serbien verletzt. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, dass die Stabilität von Gebilden, die aus dem ehemaligen Jugoslawien entstanden sind, nicht erreicht werden kann, solange es dort keine internationalen anerkannten und garantierten Grenzen gibt. So lange sie fehlen, werden auch privatwirtschaftliche Investitionen in einem derartigen Gebiet ausbleiben, das unsicher und labil der EU zustrebt, wo es auch hingehört. Nur 20% der Staaten, nicht einmal alle Nachbarn, haben das Kosovo anerkannt. Der Fall Georgien ist in sofern vergleichbar, als Abchasien und Südossetien auch für unabhängig erklärt wurden, ohne das Russland sich um die Formeln des europäischen Grenzkonzepts geschert hätte. Die beiden völkerrechtlichen Provinzen Georgiens sind nur von einem oder zwei Ländern als unabhängige Staaten anerkannt worden. De facto handelt es sich da wie dort um Protektorate der EU und Russlands.

Wenn ich diese Lage unter dem Gesichtspunkt unserer Erfahrungen betrachte, ergibt sich am Anfang die unangenehme Konsequenz, vom Status Quo auszugehen. In beiden Fällen wäre kaum damit zu rechnen, Erfolge zu erzielen, wenn die Wiederherstellung der Situation vor dem gegenwärtigen Zustand wieder hergestellt werden soll.

Wir sollten uns an die Tradition und Grundsätze halten, wie vom Moskauer Vertrag bis zur Charta von Paris formuliert und von allen damals Beteiligten unterschrieben und bestätigt worden sind. Unter dem Wort «allen» verstehe ich auch Moskau und Washington. Ziel muss

eine Festlegung internationaler Grenzen sein, die dann auch Garantien aller beteiligten Staaten erhalten müssen. Für die Dauer, die solche Verhandlungen erfordern, wäre es günstig zu vereinbaren, dass keine einseitigen Veränderungen des Status Quo während ihrer Dauer vorgenommen werden. Es wäre ein Stück vorweg genommene und wieder gewonnene Stabilität für unseren Kontinent.

Zusammenarbeit ist das Schlüsselwort Europas. Es hat zu einer Integrationsdichte geführt, die Kriege zwischen ihren Mitgliedern unmöglich macht. Es ist die wirklich fantastische Verwirklichung eines Traums: Wenn es nur die EU gäbe, könnten ihre Mitglieder ihre Armeen abschaffen. Sie sind untereinander nicht mehr kriegsführungsfähig. Bekanntlich gibt es nicht nur die EU auf unserem Globus. Erreicht worden ist das auch durch die Methode eines fast endlosen Dialogs. Für das, was jetzt fehlt, ist Dialog kein Heilmittel. Es fehlt der politische Wille, was als Ziel wiederholt beschlossen wurde, auch zu tun. Nur durch Übertragung weiterer Souveränitätsrechte auf den Gebieten von Aussen- und Sicherheitspolitik ist ein international handlungsfähiger Pol in unserer multipolaren Welt zu schaffen. Die nächste Etappe wäre eine europäische Armee. Aber wo der Wille fehlt, versagt der Dialog, sagt die Erfahrung.

Ein Weg könnte sich für den alten Kontinent öffnen, wenn man an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit anknüpft. Damals wurde die Perspektive der Sicherheit zwischen Vancouver und Wladiwostok diskutiert, also eine Sicherheitsstruktur der nördlichen Globushälfte. Danach hat Gorbatschow vom Europäischen Haus gesprochen. Kürzlich hat Medwedjew angeregt, eine Sicherheitsstruktur für ganz Europa zu erörtern. Wir haben schon einmal erlebt, dass die Formen kontrollierter Zusammenarbeit auch zur Reduktion und Begrenzung von Rüstungen geführt haben. Ausserdem würden die Staaten ihr Zusammenwirken gegen entstaatlichte Gewalt fördern; denn Dialoge sind unmöglich mit ideologischen Fundamentalisten, die unsere Lebensformen für eine Sünde halten, die aus der Welt geschaffen werden muss. Wer seine Irrationalität zum Massstab seiner Ratio machen will, versperrt den Weg der Zukunft. Und nur Vernunft darf uns leiten, wenn wir überleben wollen. Das oberste Prinzip ist Vernunft, die Methodik dafür heisst Dialog.

Das beste Beispiel dafür bietet die Finanzkrise mit ihren noch nicht beherrschten Auswirkungen. Es gestehe, dass mich die Prozentzahlen des CO²-Ausstosses nicht besonders berührt haben und wahrscheinlich geht es der grossen Mehrzahl der Menschheit nicht anders. Der Intellekt sieht ein, dass zuviel in die Luft geblasene Treibstoffgase Auswirkungen auf das Klima haben. Aber überzeugend ist es nicht, wenn darüber gestritten werden kann, in welchem Umfang und in welcher Zeit das noch immer noch variable Ziel erreicht werden soll oder muss. Dagegen bedeutet die Finanzkrise einen Schock.

Es ist das erste Beispiel, dass ein grober Fehler den ganzen Globus trifft. Die Schockwellen erreichen fast jeden Staat. Aber interessanter sind die politischen Wirkungen. Seit Jahren wird gestritten, ob die G8-Formation nicht erweitert werden muss. Vielleicht auf 13 oder 16. Einigung war nicht in Sicht. Doch nun, unter dem Schock der Angst, wenn es ums Geld geht, haben sich 20 Staatschefs an einen Tisch gesetzt, zu einem Dialog der Zusammenarbeit. Ich möchte nicht missverstanden werden: Die Auswirkung der Finanzkrise sind nicht zu loben, aber als schockierende Lehre kann sie auch dann noch dienen, wenn die Krise überwunden sein wird.

Denn für unseren Globus geht es nicht um überwindbare Krisen, sondern um die Vermeidung irreparabler Katastrophen. Die Natur ist mächtiger als die Börse. Wenn Bevölkerungswachstum, Klima, Wasser, Umwelt nicht vor Gier und Gewohnheiten der Menschen geschützt werden, wird zivilisiertes Leben nicht zu erhalten sein.

Regierungen sind immer beschäftigt und denken in Legislaturperioden. Diese Finanzkrise ist in ihrer Dimension aber unvergleichbar; sie kann lehren, dass Zusammenarbeit das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts werden muss, bevor die Amerikaner neben Russen und allen Nationen zwischen ihnen ihre Armeen einsetzen müssen, um ihre Küsten vor den Fluten des geschmolzenen Eises zu schützen, um nur ein Beispiel zu nennen. Wir sind dazu verdammt oder haben die Chance, globale Regeln der friedlichen Nachbarschaft zu entwickeln. Das mag noch einige Zeit dauern, aber hoffentlich nicht zu lange.

Die Weichen wird Amerika stellen. Spätestens mit seiner Rede zur Amtseinführung wird die Richtung deutlich werden, die Obama einschlagen will. Der Zustand unserer Welt braucht einen neuen Abschnitt ihrer Geschichte und zwar zeitlich unbegrenzt: Kooperation statt Konfrontation. Dialog wird dafür zum «a» und «o».